Rechtfertigung des neuen sozialistischen Wirtschaftsprogramms der deutschen Gewerkschaften bilden:

„Eine sinnvolle Verwaltung der Erdreichtümer ist, wie an einem Beispiel, dem ‚Oelkrieg' in Texas, gezeigt wurde, heute anscheinend nur noch durch die Gesellschaft oder den Staat möglich."

Daß es den Landwirten in den USA. und in Kanada noch viel schlechter geht als in Deutschland, trotzdem — oder vielmehr weil — dort der Kapitalismus in Reinkultur „gedeiht", erhellt ebenfalls aus anderen Kapiteln dieses aufschlußreichen Buches. Je besser die Ernte, desto größer das Elend der Farmer, weil die Preise ununterbrochen sinken. Der Betrag, den der kanadische Farmer im Durchschnitt aus einem Acre = 0,4 Hektar im Jahre 1930 herauswirtschaften konnte, betrug 7,88 Dollar. Er betrug aber

im Jahre 1929 — 9,82 Dollar,
im Jahre 1928 — 16,81 Dollar,
im Jahre 1927 — 18,60 Dollar.

Von 1925, wo der Preis für den Bushel Weizen gleich 2,32 Dollar war, 1 Dollar betrug, ist er jetzt auf 0,5 bis 0,6 Dollar gesunken. Die Folge war, da Kanada das größte weizenausführende Land der Welt ist, daß überall, natürlich auch in Deutschland, die Getreidepreise entsprechend sanken. Hier aber werden die Bauern durch die Hakenkreuzler gegen die „marxistische Mißwirtschaft" aufgeputscht, und es wird ihnen eingeredet, daß die Sozialdemokratie an ihrer Not schuld ist, während das Uebel von den rein kapitalistischen Ländern der Neuen Welt ausgegangen ist und nur von dort aus auf die Dauer wirksam bekämpft werden kann. Noch schlimmer als den Weizenfarmern ergeht es den Baumwollplantagenpächtern, zumal es meist Neger sind, für die sich die Regierung nicht einsetzt.

Das erschütterndste Kapitel des Johannsenschen Buches schildert das Elend der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten. Es beginnt mit den Worten:

Niemand weiß, wie viele es sind.
Niemand weiß, wovon sie leben.
Niemand weiß, wo sie wohnen.
Niemand weiß, ob sie jemals noch etwas verdienen werden.

Die Zahl dieser Arbeitslosen in den USA. kann nur geschätzt werden, weil es in diesem Lande, das nach dem Ideal Hugenbergs und Hitlers frei von „marxistischen Einflüssen", keine Arbeitslosenunterstützung, infolgedessen auch keine amtliche Statistik gibt. Als zuverlässige Schätzung bezeichnet der Verfasser die Zahl von 12 Millionen. Er läßt dann ein Trupp von Erwerbslosen verschiedenster Abstammung und in den verschiedensten selbst zu Wort kommen und ihr Schicksal schildern. Darstellungen sind geradezu grauenhaft.

Sie geben einen Vorgeschmack dessen, was den tarischen Opfern der kapitalistischen Wirtschaft Deutschland blühen würde, wenn nach der Herren von Papen und Genossen, daß „der Wohlfahrtsgedanke" kein dürfe, auch bei uns Millionen ihrem Schicksal und der privaten Wohl überlassen bleiben.

Dennoch wird in der amerikanischen Textilindustrie zehn bis zwölf Stunden tägliche Arbeitsleistung verlangt. Dennoch werden Hunderttausende von Litern Milch ins Meer geschüttet und 60 000 frische Eier auf einmal vernichtet, um die Preise zu „halten", während die Kinder von Arbeitslosen seit Jahr und Tag keine Milch mehr gesehen haben.

Das ist kapitalistische Wirtschaft! Das ist es, was Papen und Hitler kämpfen, wenn sie gegen den „Marxismus" und den „Atheismus" deklamieren und Notverordnungen gegen die Arbeiterklasse erlassen.

Bilanz des Blutsonntags:

17 Tote
10 Tödlichverwundete
181 Schwerverletzte
300 Leichtverletzte

D. Berlin, 12. Juli. (Eig. Funkspruch.) Die Blutbilanz des letzten Sonntags lautet: 17 Tote, 10 Tödlichverwundete, 181 Schwerverletzte.

*

Der Vorwärts erinnert unter Hinweis auf diese Blutbilanz daran, daß vor zwei Wochen die Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion den Reichsinnenminister v. Gayl fragten, ob er denn nicht endlich dem Reichspräsidenten empfehlen wolle, gegen das Treiben der SA., wie angekündigt, mit allen verfassungsmäßigen Mitteln vorzugehen. Herr v. Gayl antwortete damals: „Noch nicht!" Die 17 Toten vom letzten Sonntag reden noch deutlicher, und sie fragen noch eindringlicher: „Herr v. Gayl — noch immer nicht?"

*

Der Ueberfall auf Ohlau

S. Breslau, 11. Juli. (Eig. Drahtb.) Die furchtbaren Zusammenstöße, die sich am Sonntag abend in Ohlau abspielten, haben insgesamt 4 Todesopfer gefordert. 34 Personen wurden verletzt, davon 20 schwer. Die Toten sind Nationalsozialisten, während die Schwerverletzten sich in der Hauptsache aus dem Lager der Eisernen Front rekrutieren. Unter den Schwerverletzten befinden sich auch einige Frauen.

Im Laufe des Montags wurden über die entsetzlichen Ereignisse in Ohlau noch folgende Einzelheiten bekannt:

Ungefähr 2500 SA.-Leute waren am Sonntag abend in dem kleinen Ohlau konzentriert. Die Nazis kamen fast ausnahmslos mit Revolvern und Schlagwerkzeugen bewaffnet in mehreren Trupps auf Lastkraftwagen aus Brieg. Zugleich trafen aus einer anderen Richtung Angehörige der Eisernen Front, die in Laskowitz, Kreis Ohlau, an einem Roten Tag teilgenommen hatten, in Ohlau ein. Die Nazis begannen sofort die Ohlauer Arbeiter herauszufordern und einzeln niederzuschlagen. Als daraufhin Reichsbannerleute ihren Kollegen zu Hilfe eilten, setzte gegen 20 Uhr die erste schwere Schießerei ein. Bald rückten weitere Nazis aus dem Kreise Brieg nach, besetzten sämtliche Straßen der Stadt bis auf die kleinste Gasse und durchsuchten alle Passanten nach Waffen. Dann setzte

die Schießerei der Nazis

ein. Durch alle größeren Straßen der Stadt peitschten die faschistischen Kugeln. Schätzungsweise sind in dieser Zeit etwa 600 Schüsse gefallen. Die SS.- und SA.-Führer kommandierten: „Straße frei, es wird geschossen!" Sie gingen sogar gegen die Polizei vor, die sich der nationalsozialistischen Menge kaum zu erwehren vermochte. In einzelnen Fällen sollen die Polizeibeamten von dem Nazigesindel mit Schußwaffen bedroht worden sein.

An Hand von Listen versuchten die Hakenkreuzler in die Wohnungen bekannter Funktionäre der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und des Reichsbanners einzudringen.

In der Oberstraße feuerten sie durch den Türrahmen einer sozialdemokratischen Frau fünf Schüsse in den Leib. In einem anderen Falle erhielt eine Frau ebenfalls durch die Tür einen Brustschuß.

Ueber den Gewerkschaftssekretär Manche fielen, wie vom ADGB. Ohlau mitgeteilt wird, mehrere hundert Nazis her. Manche erhielt einen Stich in die Leber, einen in die Nieren, Stiche in den Hals und eine klaffende Wunde über dem Schädel. Ferner wurde ihm

den Mund bis an die Ohren aufgeschnitten;

auch mehrere Zähne wurden ihm ausgeschlagen. Manche liegt gegenwärtig in einem Breslauer Krankenhaus in bedenklichem Zustand danieder. Der Kreisleiter des Deutschen Landarbeiterverbandes Strulik wurde von einem Haufen Nazis mit Knüppeln niedergeschlagen. Etwa 1500 Nationalsozialisten belagerten den Schloßpark und durchsuchten dort alle Personen nach Waffen. Die Nachricht, daß das Ortssekretariat des ADGB. von den Nazis gestürmt und demoliert worden sei, hat sich nicht bewahrheitet.

Die Aktion der Reichswehr

setzte gegen 23 Uhr ein. Das Militär rückte mit Stahlhelm und aufgepflanztem Seitengewehr an und räumte, unter Anwendung der Schußwaffen, erbarmungslos die Straßen.

„anmaßig vorbereitet

In der Ohlauer Arbeiterschaft herrscht eine furchtbare Erregung. Kein Reichsbannermann und kein Sozialdemokrat ist in Ohlau seines Lebens noch sicher. Die polizeilichen Untersuchungen sind noch nicht abgeschlossen. In der republikanischen Bevölkerung herrscht allgemein die Auffassung vor, daß die Nazis den Sturm auf Ohlau planmäßig vorbereitet haben. Die Wahrscheinlichkeit dieser Auffassung wird durch frühere Aeußerungen einzelner Hakenkreuzler gestützt, die eine faschistische Strafexpedition nach Ohlau angekündigt hatten. Am Montag früh wurden sämtliche Führer der Arbeiterbewegung in Ohlau festgenommen. Von den vier getöteten Personen weisen zwei so schwere Verletzungen auf, daß man sie bisher nicht identifizieren konnte.

Die Rechtspresse benutzt die tragischen Vorfälle in Ohlau zu einer neuen Hetze gegen die Eiserne Front. Die deutschnationalen und nationalsozialistischen Blätter schreien schon jetzt, das Reichsbanner habe Schuld. Wie unsinnig diese schmutzige Verleumdung ist, geht schon daraus hervor, daß nur etwa 50 Reichsbannerleute insgesamt 2500 SA.-Leuten gegenüberstanden.

*

Verhaftet werden die Arbeiterführer!

Ohlau, 11. Juli. (Eig. Drahtb.) Wie von der Polizei mitgeteilt wird, sind auf Veranlassung des Brieger Staatsanwaltschaftsrates Sorge im Laufe der Nacht zum Montag und am Montag insgesamt acht führende Funktionäre der Arbeiterbewegung verhaftet worden. Zu ihnen gehören u. a. der sozialdemokratische Stadtrat Kattner sowie die Orts- und Kreisgruppenführer des Reichsbanners Blech und Donick. Alle acht Festgenommenen wurden in das Untersuchungsgefängnis in Brieg eingeliefert.

Die acht verhafteten sozialdemokratischen Funktionäre wurden auf einem Bereitschaftswagen fortgeschafft und in das Brieger Gerichtsgefängnis eingeliefert. Als der Bereitschaftswagen über den Ohlauer Ring fuhr, rief eine riesige Menge von Arbeitern ihren Führern ein brausendes „Freiheit" zum Abschied nach.

Die Polizei stützt die Nazis

Aus den Reihen der Nazis wurde in Ohlau bisher niemand verhaftet. Die Ohlauer Polizeibehörde legt ganz unverhohlen Sympathien für die Nationalsozialisten an den Tag. So wurde am Montag ein Trupp SA.-Leute von der Polizei mit der Beschlagnahme zahlreicher Reichsbannerleuten gehörenden Fahrräder beauftragt. Der SA.-Führer Haar ließ die Räder auf einen Karren laden und leitete den Transport mit entsicherter Pistole durch die Stadt. Die Ohlauer Republikaner haben nach diesen Vorfällen jedes Vertrauen zur örtlichen Polizei verloren.

Für Sonnabend hat die SA. einen Propagandaumzug durch Ohlau angesetzt. Die Arbeiterschaft fühlt sich durch diese Absicht aufs neue provoziert.

Straßenschlacht in der Weberstadt

S. Breslau, 11. Juli. (Eig. Drahtb.) Aus dem Reichenbach in Mittelschlesien werden weitere Zusammenstöße gemeldet:

In Gnadenfrei, wo am Sonntag mittag der tigte schlesische SA.-Häuptling Heines gesprochen hat, es am Sonntag nachmittag nach einem Demonstrationszug Eisernen Front zu einer blutigen Schlägerei zwischen Reichsbanner und SA. Etwa 6 Personen, in der Hauptsache Nazis, bedenklich verletzt. Einen Kommunisten, namens Tschel, fand man unter geheimnisvollen Umständen in seiner Wohnung erhängt vor.

Am Abend spielten sich in der Weberstadt Langenbielau ähnliche furchtbare Ereignisse ab wie zur gleichen Stunde in der Stadt Nanth. Gegen 9.30 Uhr entwickelte eine regelrechte Straßenschlacht. Die SA. hatte Angehörige der Eisernen Front her und schoß alles nieder, ihr in den Weg kam. 5 Personen wurden u. a. durch Schüsse in den Hals und Unterleib schwer und 11 Personen leicht verletzt. Ein Kraftwagen des Proletariers, des sozialdemokratischen Parteiorgans in Langenbielau, wurde von der SA. mit Steinen beworfen und beschossen.

Der Ausschuß wird sprechen!

Straßer wollte die Barone schützen – Hugo Heimann beruft den Ausschuß ein

Der Abgeordnete Dr. Pfleger von der Bayerischen Volkspartei hat an den Reichstagspräsidenten Löbe ein Schreiben gerichtet, in dem er ihn ersucht, schleunigst die Einberufung des Ueberwachungsausschusses zu veranlassen und auf die Tagesordnung des Ausschusses zu setzen: Abberufung des bisherigen Ausschußvorsitzenden und Wahl eines neuen Vorsitzenden.

Präsident Löbe hat jetzt an Herrn Straßer, dessen das Schreiben gerichtet ist, folgendes Schreiben gerichtet:

„Da es ein völlig unhaltbarer Zustand ist, daß der wichtigste Ausschuß des Reichstages, der die Kontrolle der Volksvertretung in der parlamentslosen Zeit wahrnehmen soll, einfach außer Kraft gesetzt wird, weil der Vorsitzende ihn nicht einberuft, habe ich, da ein Stellvertreter zur Zeit nicht vorhanden ist, das an Jahren älteste Mitglied ersucht, die Einberufung zu veranlassen.

Ich werde den Herrn bitten, auf die Tagesordnung der Sitzung auch den Antrag des Herrn Abg. Dr. Pfleger: „Abberufung des Vorsitzenden und Wahl eines neuen Vorsitzenden" zu setzen.

Schließlich bedauere ich, daß Sie durch eine frühere Mitteilung an mich und an die Parteien, nach welcher Sie das Einverständnis der Mehrheit der Mitglieder des Ausschusses versichern wollten, den Eindruck erweckt haben, als seien sie zur Einberufung des Ausschusses bereit. Dadurch ist der Zusammentritt des Ausschusses, den Sie nach erster Mitteilung selbst ins Auge gefaßt haben, schon um Wochen verzögert worden."

Das an Jahren älteste Mitglied des Ausschusses, der sozialdemokratische Abgeordnete Hugo Heimann, hat nach Verständigung mit dem Reichstagspräsidenten die Sitzung des Ausschusses auf Freitag, den 22. Juli, mittags 3 Uhr, einberufen. Ein früherer Termin war nicht möglich, da der Reichstagspräsident durch Wahlverpflichtungen bis dahin verhindert ist, seine Teilnahme an dieser Sitzung aber absolut notwendig erscheint.

Die Geister der Wilhelmstraße

**Stresemann, Hermann Müller, Rathenau:
„Ja, ja, lieber Papenheimer, Theorie und Praxis!"**

Nr. 4

Reichsgericht für Verbot der Schlesischen Bergwacht

Das von dem Reichsminister des Innern geforderte und dem preußischen Innenminister abgelehnte Verbot der sozialdemokratischen Schlesischen Bergwacht ist von den Herren des 4. Strafsenats des Reichsgerichts ebenfalls für zulässig erklärt worden. Das Verbot des Blattes tritt nunmehr für drei Tage von Mittwoch an, in Kraft. Aber was die Verbote anderer sozialdemokratischer Blätter bisher bewirkt haben, das wird auch das Waldenburger Blatt zutreffen: seine Werbekraft wird gesteigert, und damit wächst die Schlagkraft gegen die Verelendung der Nazibarone und ihre Helfershelfer in den Regierungshäusern.

Herriot und die Sozialisten. Aus der französischen Kammer wird uns berichtet: Das Defizit des laufenden Jahres beträgt schon jetzt vier Milliarden Franken. Die Regierung braucht neue Mittel. Bei der Beratung des sozialistischen Antrags, aus Ersparnisgründen den Verzicht auf die Reservenübungen und Manöver dieses Jahres vorsieht, kam es zu einer politischen Auseinandersetzung, bis schließlich der Ministerpräsident Herriot die Vertrauensfrage stellte. Mit 390 gegen 189 Stimmen der Sozialisten und einiger Radikalen wurde der Antrag auf die Reservenübungen abgelehnt. Die Sozialisten beraten erneut über ihre Stellung zur Regierung Herriot.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19320712/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG